

II-8176 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

BUNDESMINISTERIUM  
FÜR  
AUSWÄRTIGE ANGELEGENHEITEN

DVR: 0000060

WIEN, am 30. Juni 1989

Zl. 360.03/5-III.3/89

Schriftliche Anfrage der Abgeordneten  
Wabl, Erlinger und Freunde betreffend  
Atomsperrgesetz und EURATOM-Vertrag

3701/AB

1989 -07- 12

zu 3703/13

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates

Parlament  
1017 Wien

Die Abgeordneten Wabl, Erlinger und Freunde haben am 9. Mai 1989 unter der Zl. 3703/J-NR/89 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend Atomsperrgesetz und EURATOM-Vertrag gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

1. Wie und mit welchem Ergebnis wurde geprüft, ob das Atomsperrgesetz mit dem Beitritt zur EURATOM vereinbar ist?
2. Wie wollen Sie der österreichischen Bevölkerung erklären, daß Sie, anstatt mutig auch auf internationaler Ebene gegen die Kernenergie aufzutreten, jetzt einer Gemeinschaft beitreten wollen, deren Hauptziel die Förderung der Kernenergie ist?
3. Sollte es zu einem Beitrittsansuchen kommen: Werden Sie in diesem Beitrittsansuchen explizit sicherstellen, daß es das Hauptziel der Bundesregierung sein wird, alle erforderlichen rechtlichen und politischen Schritte zum internationalen Ausstieg aus der Atomenergie zu setzen, Schritte, die Punkt für Punkt den Intentionen des EURATOM-Vertrages zuwiderlaufen?
4. Wie wollen Sie sicherstellen, daß im Zuge eines EG-Beitrittes radioaktives Material bzw. Güter, die mit dem Bau von Atomkraftwerken bzw. deren Betrieb zusammenhängen, nicht nach oder durch Österreich transportiert werden?

- 2 -

5. Wie wollen Sie gegenüber der Bundesrepublik Deutschland, aber auch gegenüber der tschechischen Regierung Ihre Ablehnung betreffend Wackersdorf und Temelin argumentieren, wenn Sie auch nur ins Auge fassen, EURATOM beizutreten?
6. Welche Schritte gedenkt die österreichische Bundesregierung und im speziellen Ihr Ministerium zu setzen, um insbesondere gegenüber Ländern der Dritten Welt vor dem verhängnisvollen Weg der Atomenergie zu warnen und konkrete Kooperationen auf wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene anzubieten, welche geeignet sind, eine sanfte Energieversorgung ohne Atomenergie sicherzustellen, wenn im EURATOM-Vertrag explizit festgestellt ist, daß es Ziel der Europäischen Atomgemeinschaft ist, die Kernenergie in allen Ländern zu fördern?
7. Welche österreichischen Steuermittel werden derzeit, einerseits in Österreich selbst, andererseits bei internationalen Organisationen ausgegeben, die die Nutzung der Atomenergie fördern?
8. Der EURATOM-Vertrag bindet die Mitglieder in vielen Fragen. So wird im Artikel 24 klar die Geheimhaltung geregelt: "Die von der Gemeinschaft in Durchführung ihres Forschungsprogrammes erworbenen Kenntnisse, deren Preisgabe den Verteidigungsinteressen eines oder mehrerer Mitgliedstaaten schaden kann, werden unter Geheimschutz gestellt." Die Aufklärung über alle Konsequenzen der Nutzung der Atomenergie muß ein Hauptziel der österreichischen Bundesregierung sein, wenn sie wirksam zu einem internationalen Ausstieg aus der Atomenergie beitragen will. Ein derartiger Geheimhaltungsparagraph, wie im Art.24 formuliert, läuft dem klar zuwider. Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für Sie?
9. Abschließend die für die österreichische Bevölkerung wahrscheinlich zentrale Frage:

Können Sie ausschließen, daß Österreich EURATOM beitrifft?

- 3 -

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zu Frage 1:

Im Zuge der Vorarbeiten zum Bericht der Bundesregierung vom 17. April 1989 wurde auch die Frage der Vereinbarkeit einer Mitgliedschaft in der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM) mit dem Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich (BGBl.Nr. 676/1978) geprüft, und zwar mit dem Ergebnis, daß die Mitgliedschaft Österreichs mit dem genannten Bundesgesetz vereinbar ist. Für die Vereinbarkeit einer österreichischen Mitgliedschaft bei EURATOM mit dem genannten Bundesgesetz ist entscheidend, ob nach dem EURATOM-Vertrag für Mitgliedstaaten die Pflicht besteht, die Errichtung oder den Betrieb von Kernkraftwerken, mit denen zum Zwecke der Energieversorgung elektrische Energie durch Kernspaltung erzeugt wird, auf ihrem Hoheitsgebiet zuzulassen. Da eine solche Pflicht aus dem EURATOM-Vertrag nicht abgeleitet werden kann, ist die Mitgliedschaft Österreichs bei EURATOM mit dem Bundesgesetz über das Verbot der Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung in Österreich vereinbar. Auch die EG-Mitgliedstaaten Dänemark, Griechenland, Irland, Luxemburg und Portugal betreiben keine Kernkraftwerke, wobei in Dänemark und in Irland die innerstaatliche Festlegung vorgenommen wurde, auf die Nutzung der Kernspaltung für die Energieversorgung für die absehbare Zukunft zu verzichten. In den Niederlanden besteht ein Moratorium und Italien ist im Ausstieg aus der Kernenergie begriffen.

Zu Frage 2:

Die Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) ist eine der drei Europäischen Gemeinschaften, sodaß ein Beitritt Österreichs zur EURATOM im Gesamtrahmen und Umfang des Paketes eines EG-Beitrittes gesehen werden muß. Ein Beitritt bloß zu einem Teil dieser drei Gemeinschaften kommt nicht zuletzt im Hinblick auf das Bestehen gemeinsamer Organe nicht in Betracht. Die Existenz von 429 Kernkraftwerken (Ende 1988) in der Welt und die rasche Zunahme der Zahl dieser Anlagen ist eine Tatsache, auf die Österreich trotz seiner klaren international regelmäßig ausgedrückten

- 4 -

o

Haltung zur Kernkraft keinen Einfluß hat. Es muß daher das Ziel Österreichs sein, wenn schon die Entscheidung über den Bau von Kernanlagen weitgehend der Souveränität von Staaten unterliegt, alles daran zu setzen, daß der sichere Betrieb dieser Anlagen gewährleistet wird.

Die EURATOM ist ein besonders geeignetes internationales Forum für eine wirksame Vertretung dieser Interessen. Gegenwärtig liegen die wichtigen Funktionen von EURATOM unter anderem in den folgenden Bereichen:

- Aufstellen einheitlicher Sicherheitsnormen für den Gesundheitsschutz der Bevölkerung und der Arbeitskräfte sowie die Sorge für ihre Anwendung;
- Entwicklung der Forschung und Verbreitung der technischen Kenntnisse, u.a. auf dem Gebiet des Strahlenschutzes und der Abfallbeseitigung;
- Zusammenarbeit mit der IAEA im Rahmen der Sicherheitskontrolle, d.h. der Kontrolle der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen im Sinne des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (BGBl.Nr. 258/1970).

Wie aus diesen Ausführungen hervorgeht, bezieht sich die Förderung der friedlichen Verwendung der Kernenergie im Rahmen der EURATOM nicht nur auf Kernkraft, sondern auf viele andere Anwendungsbereiche, wie z.B. Medizin, Forschung, Industrie, Landwirtschaft etc.

Hinsichtlich der tatsächlichen Praxis zum EURATOM-Vertrag wird im übrigen auf die Beantwortung der Frage 1 verwiesen.

Zu Frage 3:

Die konkrete Ausgestaltung eines allfälligen österreichischen Antrages auf Mitgliedschaft bei den Europäischen Gemeinschaften wird erst im Anschluß an eine entsprechende Willensbildung von Nationalrat und Bundesrat erfolgen, der nicht vorgegriffen werden soll.

- 5 -

Gleichviel, ob eine Wahrung der diesbezüglichen Interessen Österreichs im Rahmen des Antrages auf EG-Mitgliedschaft selbst oder im Zuge anschließender Verhandlungen erfolgt: Der Verzicht auf die Kernkraft in Österreich ist eine gesetzliche Verpflichtung, über die kein Zweifel besteht.

Im übrigen wird auf die Beantwortung zu Frage 1 verwiesen.

Zu Frage 4:

Österreich ist als Vertragsstaat des Übereinkommens über den internationalen Eisenbahnverkehr (COTIF, BGBl.Nr. 226/1985) und des europäischen Übereinkommens über die internationale Beförderung gefährlicher Güter auf der Straße (ADR, BGBl.Nr.522/1973 i.d.g.F.) verpflichtet, internationale Transporte von Kernmaterial im Transit über sein Staatsgebiet zuzulassen, sofern die in den genannten Übereinkommen angeordneten Sicherheitsbestimmungen eingehalten werden. An dieser Rechtslage wird sich durch den österreichischen Beitritt zu EURATOM nichts ändern.

Zu Frage 5:

Wie bereits zu Frage 2 ausgeführt, würde ein Beitritt zur EURATOM die Möglichkeiten Österreichs in keiner Weise vermindern, seine rechtlichen und fachlich-technischen Einwände gegen eine Kernanlage geltend zu machen, mit deren Betrieb eine Beeinträchtigung der österreichischen Bevölkerung und ihres Hoheitsgebietes verbunden ist. Darüber hinaus würde ein Beitritt zur EURATOM die Mitwirkungsrechte gegenüber den anderen Mitgliedstaaten wesentlich verbessern.

Zu Frage 6:

Wie bereits zu Fragen 1 und 2 ausgeführt, sieht der EURATOM-Vertrag keineswegs vor, daß die anderen Optionen der Energieversorgung ausgeschlossen werden oder die Kernkraft in der Politik der einzelnen Mitgliedstaaten Vorrang haben soll. Österreich wird sicherlich auch weiterhin bemüht sein, einen Beitrag zu einer aktiven Entwicklungspolitik in den Ländern der Dritten Welt auszuweiten. Hierbei kommt auch eine Hilfestellung bei umweltschonender Energienutzung in Betracht.

- 6 -

Darüber hinaus tritt Österreich aber auch für die friedliche Nutzung von Nukleartechnologien außerhalb des Energiesektors ein und unterstützt beispielsweise Projekte, die den Einsatz von Kerntechniken in der Landwirtschaft vorsehen (Optimierung des Einsatzes von Düngemitteln, Steigerung der Viehproduktion, Reduzierung des Schädlingsbefalls usw.), Maßnahmen zur Erhöhung der nuklearen Sicherheit sowie Projekte in den Bereichen Industrie, Hydrologie (Auffindung und Bewertung von Wasservorkommen) und Nuklearmedizin (Einsatz von Kernenergieverfahren zur Diagnose und Behandlung von Krankheiten).

Die Kernenergie leistet auf diesen Gebieten nicht nur einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in der Dritten Welt (z.B. biologische Bekämpfung der Tsetse-Fliege durch die Insektensterilisationsmethode), sondern auch zum Umweltschutz.

Zu Frage 7:

Im Hinblick auf die mangelnde Definition des Begriffes "Förderung der Nutzung der Atomenergie" erscheint eine abschließende Beantwortung dieser Frage nicht möglich. Sofern der Begriff einer "Förderung der Nutzung der Atomenergie" im Sinne der vorliegenden Anfrage auf die Aktivitäten der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) angewendet wird, wie sie sich aus Artikel II und III der Statuten dieser Organisation (BGBl. Nr. 216/1957 i.d.g.F.) ergeben und damit u.a. auch die Kontrolle der Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (BGBl. Nr. 258/1970) sowie die Bereiche der Sicherheit von Kernanlagen (nukleare Sicherheit) und der Anwendung nuklearer Technologien und Verfahren in der Medizin (Nuklearmedizin), der Forschung, der Industrie und der Landwirtschaft umfassen, sind im Rahmen der Zuständigkeit des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten die folgenden Angaben für die Beantwortung relevant:

Österreich leistet zum ordentlichen Haushalt der IAEO für das Jahr 1989 einen Beitrag von US-\$ 126.361,-- und öS 12,678.728,-- (1988: US-\$ 151.340,-- und öS 11,714.816,--). Zusätzlich wird Österreich für das Jahr 1989 US-\$ 306.660,-- zum Entwicklungshilfefonds der IAEO beitragen (1988 US-\$ 277.400,--), welche für Projekte der Entwicklungshilfe Verwendung finden.

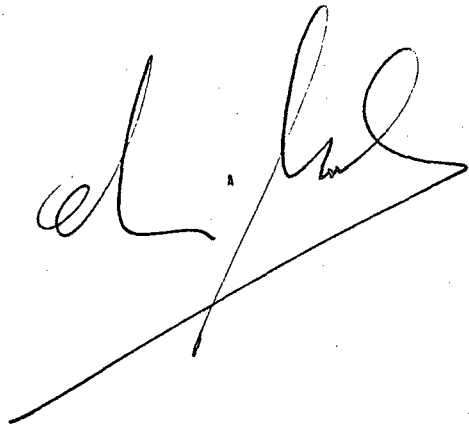
- 7 -

Zu Frage 8:

Die Artikel 24 ff des EURATOM-Vertrages sehen keine generelle Geheimhaltungspflicht vor, sondern regeln Geheimhaltungspflichten lediglich im Bezug auf solche Forschungserkenntnisse, die Verteidigungsinteressen eines Vertragsstaates berühren. Hinsichtlich der politischen Zielsetzung der Österreichischen Bundesregierung in diesem Bereich und ihrer Vereinbarkeit mit dem EURATOM-Vertrag wird im übrigen auf die Beantwortung der Fragen 1 bis 7 verwiesen.

Zu Frage 9:

Auf die Beantwortung der übrigen Fragen, insbesondere Frage 1, wird verwiesen.

A handwritten signature in black ink, consisting of stylized, cursive letters, possibly reading 'L. He', followed by a long horizontal stroke.